Gemeinde Wolsdorf
- Der Gemeindedirektor-

ab 05.08.16
Verteilung: 10.08.16
↓
da durch Post
nicht zugestellt
↳ Zustellung am 21/8

Fachbereich Steuern und Finanzen	DRUCKSACHE 016/2016
Teilbereich Finanzen	
Datum 18.07.2016	

öffentlich nichtöffentlich

Beratungsfolge	Sitzungstag	Zutreffendes ankreuzen x		
		ja	nein	geändert
Verwaltungsausschuss	17.8.2016			
Gemeinderat	22.8.2016			

Verantwortlichkeit (Ordnungsziffer der Organisationseinheit / Sichtvermerk)

gefertigt: <i>Ute Füllgrabe</i> Ute Füllgrabe	Beteiligt	Der Gemeindedirektor <i>Volker Klisch</i> Volker Klisch	Org.-Ziff zur Beschlussausführung (Handzeichen)
		Beschlussausführung am	

Tagesordnungspunkt:

Beschlussfassung über die Jahresrechnung 2008 und die Entlastung des Gemeindedirektors für das Haushaltsjahr 2008

Beschlussvorschlag:

1. Die Jahresrechnung der Gemeinde Wolsdorf für das Haushaltsjahr 2008 wird gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG beschlossen.
2. Gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG erteilt der Rat dem Gemeindedirektor für die Führung der Haushaltswirtschaft im Haushaltsjahr 2008 die Entlastung.

Sachdarstellung, Begründung, ggf. finanzielle Auswirkungen

Das Rechnungsprüfungsamt hat bei der Prüfung der Jahresrechnung 2008 keine Mängel festgestellt.

Nach Vorlage des Berichtes des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der Jahresrechnung 2008 hat der Gemeinderat in seiner Sitzung am 24.06.2010 (TOP 9) die Entlastung des Gemeindedirektors für das Haushaltsjahr 2008 beschlossen. Die formell erforderliche Beschlussfassung über die Jahresrechnung ist unterblieben.

Gemäß § 129 Abs. 1 S. 3 vormals § 101 Abs. 1 S. 3 NGO) beschließt die Vertretung die Jahresrechnung. Da auf der o.g. Sitzung der formell erforderliche Beschluss nicht gefasst wurde, ist dieser nachzuholen.

Der Beschluss über die Jahresrechnung bildet die Grundlage für die Entlastung. Erst ein ordnungsgemäßer Beschluss der Jahresrechnung erlaubt es, die Entlastung auszusprechen. Der Entlastungsbeschluss aus 2010 ist daher neu zu fassen.

Anlagen

Referat (R) Rechnungsprüfung
Landkreis Helmstedt

Beschluss Jahresrechnung / Jahresabschluss und Entlastungsbeschluss

Der Jahresabschluss 2008 wurde in der Gemeinde Wolsdorf entgegen § 101 Abs. 1 S. 3 NGO (neu: § 129 Abs. 1 S. 3 NKomVG) nicht vom Gemeinderat beschlossen. Am 24.06. wurde ohne einen Beschluss über die Jahresrechnung die Entlastung beschlossen. Diese Verfahrensweise ist rechtswidrig und wird beanstandet.

Dem Wortlaut § 101 Abs. 1 S. 3 NGO (neu § § 129 Abs. 1 S. 3 NKomVG) beschließt der Rat (neu: die Vertretung) die Jahresrechnung. Aus der wortwörtlichen Auslegung lässt sich entnehmen, dass der Begriff „beschließt“ keinen Raum für Interpretationen offen lässt. Es handelt sich hierbei um keinen unbestimmten Rechtsbegriff. Demnach liegt hier kein Ermessensspielraum für die Gemeinde vor. Es handelt sich folglich bei § 101 Abs. 1 S. 3 NGO (neu: § 129 Abs. 1 S. 3 NKomVG) um eine „Muss-Vorschrift“, vgl. Kommentar zum Kommunalverfassungsgesetz, Ipsen, §129, Rn. 5.

Des Weiteren kann man den Sinn und Zweck, dieser Vorschrift zur Auslegung hinzuziehen. Man benötigt einen Beschluss, von der Vertretung über die Jahresrechnung, damit eine Bildung einer neuen Eröffnungsbilanz überhaupt erst möglich wird. Ohne einen Beschluss über die Jahresrechnung aus dem Jahr 2008 ist auch für die folgenden Jahre das Erstellen von Jahresabschlüssen (= Eröffnungsbilanz des Folgejahrs) nicht möglich, da die benötigten Ausgangsdaten fehlen. Somit ergibt sich auch aus dem Sinn und Zweck, damit für die Zukunft ordentliche Beschlüsse und Planungen möglich sind, dass eine Verpflichtung zur Feststellung der Jahresrechnung besteht.

Der Beschluss über den Jahresabschluss bildet die Grundlage für die Entlastung, vgl. Groseck in KVR Nds./NkomVG, Rd.-Nr. 3 zu § 129 NKomVG. . Am 24.10.2010 hat aber der Gemeinderat ohne Beschlussfassung über die Jahresrechnung die Entlastung beschlossen, auch diese Verfahrensweise ist nicht rechtmäßig. Erst ein ordnungsgemäßer Beschluss der Jahresrechnung erlaubt es, die Entlastung auszusprechen.

Die Beschlussfassung über die Jahresrechnung ist zwingend nachzuholen, der Entlastungsbeschluss neu zu fassen und das Bekanntmachungsverfahren und Auslegungsverfahren ist korrekt gem. § 101 Abs. 2 NGO (neu § 129 Abs. 2 NKomVG) durchzuführen.

gez. Stuckenberg
Referatsleiterin